









Wiederholung:

- 1. Wer zahlt im Zweifel worauf in hypothekenrechtlichen Konstellationen?
- 2. Wer zahlt im Zweifel worauf in grundschuldrechtlichen Konstellationen
- 3. Kann es die Problematik "Wettlauf der Sicherungsgeber" auch bei persönlichen und nichtakzessorischen dinglichen Sicherheiten geben?



Wiederholung:

Gibt es einen gutgläubigen einredefreien Erwerb bei einem Zweiterwerb der Hypothek?

- -> Bzgl. Einreden gegen die Forderung(+), nach §§1138 Var. 2, 892
- -> Bzgl. Einreden gegen die Hypothek(+), nach §§1157 S. 2, 892



Fall 7: Geflügelmastställe

Teil 1: S —> B auf Zahlung von 1.3 Mio. €

- A. Gem. §§581 II, 539 I, 683 S. 1, 670 iVm 398 S. 1?
 - I. Anspruch entstanden
 - 1. Abtretungsvereinbarung
 - a. Einigung
 - (+), insbesondere die Stellvertretung ist wirksam, §§13, 35 GmbH
 - b. Wirksamkeit Unwirksamkeitsgründe sind nicht ersichtlich
 - c. Zwischenergebnis
 Die Abtretungsvereinbarung ist wirksam



I. Anspruch entstanden

- 1. Abtretungsvereinbarung (+)
- 2. Kein Ausschluss

<u>Hier</u>: §9 V des Pachtvertrages; hierbei handelt es sich um einen Ausschluss iSd §399 Var. 2

<u>Aber</u>: Gem. §354a HGB ist dies unbeachtlich, da beide Parteien Kaufleute sind

- 3. Berechtigung
 - (+), wenn C Forderungsinhaberin (aus der Pacht) ist
 - a. Wirksamer Pachtvertrag
 - (+), B und C waren sich dahingehend einig; Unwirksamkeitsgründe nicht ersichtlich
 - P: Handelt es sich um einen Landpachtvertrag?



I. Anspruch entstanden

- 3. Berechtigung
 - a. Wirksamer Pachtvertrag

P: Handelt es sich um einen Landpachtvertrag?

<u>Denn</u>: Ist das der Fall, sind die besonderen Vorschriften zu beachten, §585 II

<u>Aber</u>: Eine Bodennutzung gibt es bei den Mastställen nicht

Ergo: Die besonderen Vorschriften sind nicht anzuwenden

- b. Verwendungen
 - (+), da Errichtung des Geflügelmaststalls eine sachbezogene Aufwendung darstellt und die Sache nicht grundlegend umgestaltet



I. Anspruch entstanden

- 3. Berechtigung
 - b. Verwendungen (+)
 - c. Ersatzfähigkeit gem. §§683 S. 1, 670

 <u>Grds</u>: Ist ein Pächter verpflichtet Errichtungen zu entfernen, so kann er Kostenersatz nicht verlangen, wenn er diese Pflicht verletzt Andernfalls würde man einem Verpächter fremde Sachen aufzwingen und er müsste hierfür noch zahlen

<u>Ausn</u>: Es gibt eine vertragliche Vereinbarung <u>Hier</u>: Laut Vertrag sollte C entschädigt werden und es wird diesbezüglich eine Grundschuld bestellt



I. Anspruch entstanden

- 3. Berechtigung
 - c. Ersatzfähigkeit gem. §§683 S. 1, 670 (+)
 - d. ZwischenergebnisDie Berechtigung ist gegeben
- 4. Zwischenergebnis

 Der Anspruch ist entstanden

II. Anspruch nicht erloschen

(+), Gegenteiliges nicht ersichtlich

III. Anspruch durchsetzbar

Gibt es Einwände, die den Anspruch hemmen?

Da es sich um eine zedierte Forderung handelt, richtet sich dies nach den §§404, 406 ff



III. Anspruch durchsetzbar

- 1. Keine Fälligkeit
 - (-), da die Fälligkeit im Jahr 2029 nur bzgl. der Grundschuld gilt
- 2. Zurückbehaltungsrecht

Aus der Natur des Sicherungsvertrages folgt, dass bei Erfüllung der Forderung eine Übertragung der Grundschuld an den Eigentümer zu erfolgen hat

Ergo: Die Zahlung kann von der Rückübertragung abhängig gemacht werden, §273 I

(a.A.: Sicherungsvertrag = Synallagma -> §320 I)

Aber: Diese Einwendung hatte B gegenüber C

Idee: Entgegenhalten der Einrede gem. §404 I



III. Anspruch durchsetzbar

2. Zurückbehaltungsrecht

<u>Idee</u>: Entgegenhalten der Einrede gem. §404 I Das ist möglich, wenn die Einrede im Zeitpunkt der Abtretung bereits "begründet", sprich im Keime angelegt war

(+), wenn die Einrede zwar erst künftig entstehen wird, jedoch gesichert ist; maW: es besteht diesbezüglich ein sicherer Rechtsboden

<u>Hier</u>: (+), denn stets, wenn der Sicherungsgeber bzgl. der Forderung in Anspruch genommen wird, er die Rückübertragung der Grundschuld fordern wird; ein sicherer Rechtsboden ist damit gegeben



III. Anspruch durchsetzbar

- 2. Zurückbehaltungsrecht (+)
- 3. Zwischenergebnis

Der Anspruch ist nicht durchsetzbar, da die S die ihr nicht zustehende Grundschuld nicht an B rückübertragen kann

B. Ergebnis

Da andere AGL nicht ersichtlich sind, kann S von B nicht Zahlung von 1.3 Mio. € verlangen



Fall 7: Geflügelmastställe

Teil 2: K —> B auf Duldung der Zwangsvollstreckung

A. Gem. §§1192 I, 1147?

- I. Anspruch entstanden
 - 1. K = Grundschuldinhaberin

Hier: Zweiterwerb, §§398 S. 1, 413, 1192 I, 1154 I

- a. Abtretungsvereinbarung Einigung hinsichtlich der Abtretung liegt vor; Unwirksamkeitsgründe sind nicht ersichtlich, da insbesondere die Form gem. §1154 I (+)
- b. Kein Ausschluss Ausschlussgründe sind nicht ersichtlich



I. Anspruch entstanden

1. K = Grundschuldinhaberin

Hier: Zweiterwerb, §§398 S. 1, 413, 1192 I, 1154 I

- a. Abtretungsvereinbarung
 Einigung hinsichtlich der Abtretung liegt vor;
 Unwirksamkeitsgründe sind nicht ersichtlich,
 da insbesondere die Form gem. §1154 I (+)
- b. Kein Ausschluss Ausschlussgründe sind nicht ersichtlich
- c. Berechtigung
 C müsste Berechtigte gewesen sein
 Eigentümer war (und ist weiterhin) B
 Ergo: Prüfung Ersterwerb der Grundschuld



- I. Anspruch entstanden
 - 1. K = Grundschuldinhaberin
 - c. Berechtigung
 - i. Dingliche Einigung
 - (+), man einigte sich auf die Übertragung
 - ii. Eintragung im Grundbuch
 - (+), es erfolgte eine Eintragung
 - iii. Fortdauerndes Einigsein
 - (+); Gegenteiliges nicht ersichtlich
 - iv. Briefübergabe
 - (+), der Brief wurde übergeben
 - v. Berechtigung
 - (+), B war verfügungsbefugter Eigentümer



I. Anspruch entstanden

- 1. K = Grundschuldinhaberin
 - c. Berechtigung
 - vi. Zwischenergebnis Die Berechtigung liegt vor
 - d. Zwischenergebnis
 K ist Grundschuldinhaberin
- 2. B = Eigentümer(+), s.o.
- 3. Zwischenergebnis
 Der Anspruch ist entstanden
- II. Anspruch nicht erloschen
 - (+), Gegenteiliges nicht ersichtlich



III. Anspruch durchsetzbar

- 1. Einrede fehlender Fälligkeit
 - (-), da Kündigung rechtzeitig erfolgte
- 2. Einrede wegen Rückübertragungsanspruch
 - (-), da er die Zahlung anbietet gegen etwas, was er dadurch so oder so erhielte
 - <u>Denn</u>: Gewohnheitsrechtlich ist anerkannt, dass derjenige, der die Zwangsvollstreckung abwenden will, auf die Grundschuld zahlt; dadurch entsteht eine Eigentümergrundschuld
- 3. Einrede späterer Geltendmachung

 <u>Idee</u>: Vielleicht ist eine Vereinbarung dahingehend
 möglich, dass man die Durchsetzbarkeit von
 weiteren Bedingungen abhängig machen kann



III. Anspruch durchsetzbar

3. Einrede späterer Geltendmachung

Denn: Man darf zwar das Kündigungserfordernis nicht umgehen, dass heißt aber nicht, dass man keine zusätzliche Vereinbarung schließen kann Hier: Grundschuld soll frühestens 2029 geltend gemacht werden dürfen, vgl. §9 II 2 Pachtvertrag Grds: Grundsätzlich gelten schuldrechtliche Einreden nur zwischen den Vertragspartnern Ausn: §1192 Ia 1, wonach die Grundschuld nicht

4. Zwischenergebnis
Der Anspruch ist nicht durchsetzbar

einredefrei wegerworben werden kann



III. Anspruch durchsetzbar (-)

B. Ergebnis

K kann von B die Duldung der Zwangsvollstreckung nicht vor dem Jahre 2029 verlangen



Fall 7: Geflügelmastställe

Abwandlung 1: S -> D auf Zahlung von 1.3 Mio. €

- A. Gem. §§581 II, 539 I, 683 S. 1, 670 iVm 398 S. 1 und §§581 II, 578 I, 566 I?
 - I. Anspruch entstanden
 - Verwendungsersatzanspruch S -> B
 (+), s.o.
 - 2. D = Anspruchsgegner
 - (+), gem. §566 l

Der Erwerber eines Grundstücks tritt in die Rechte und Pflichten ein, die sich aus dem Pachtvertrag ergeben



I. Anspruch entstanden

3. Zwischenergebnis
Der Anspruch ist entstanden

II. Anspruch nicht erloschen

(+), Gegenteiliges nicht ersichtlich

III. Anspruch durchsetzbar

<u>Grds</u>: D ist gem. §566 in den **Pachtvertrag** "geschlüpft", die Einrede folgt jedoch aus dem Sicherungsvertrag <u>Aber</u>: Die Rechte aus dem Sicherungsvertrag wurden konkludent übertragen, sodass er die Einreden geltend machen kann ("unter Anrechnung der Grundschuld")

B. Ergebnis

S kann von D keine Zahlung verlangen



Fall 7: Geflügelmastställe

Abwandlung 1: K -> D auf Duldung der Zwangsvollstreckung

A. Gem. §§1192 I, 1147?

(+), s.o.

Jedoch nur ab 2029, da K auch hier die Grundschuld nicht einredefrei erwerben konnte

Abwandlung 2 ist zur häuslichen Nacharbeit vorgesehen



